

Für – und gegen – welche Politik?

In den Hamburger Wahlen vom 20. Februar 2011 erlebte die CDU nach ihrer historischen Niederlage in den Wahlen von Nordrhein-Westfalen erneut ein vernichtendes Wahlergebnis. In beiden Ergebnissen drückt sich der Wille der großen Wählermehrheit aus, endlich Schluss zu machen mit einer Politik, die die Länder und Kommunen in den sozialen Verfall treibt, die die Bevölkerung mit sozialer Demontage der öffentlichen und sozialen Infrastruktur zahlen lässt für die Haushaltsplünderung zur Rettung der Banken, der Finanzspekulanten und der Konzernprofite. Sie wollen, dass Schluss ist mit der Zerstörung der Öffentlichen Daseinsvorsorge durch Privatisierung und Stellenabbau, mit Studiengebühren und hohen Kita-beiträgen...

„Erdrutschsieg für die SPD, für Olaf Scholz, den SPD-Mann der Schröder-Politik“?

Zunächst ist festzustellen, dass das vor allem in der SPD-Führung bejubelte „historische Ergebnis“ von Scholz, geht man von den absoluten Stimmen aus (1), keineswegs – wie behauptet – für die SPD „ein Ergebnis, wie zu ihren besten Zeiten“ in den 70er und 80er Jahren in Hamburg ist. Der „glänzende Wahlsieg“ beruht auf dem katastrophalen Einbruch der CDU. Die in der Geschichte Hamburgs einmalig hohe Zahl von Nichtwählern, an die die SPD mit 8.000 Stimmen, d.h. mehr als alle anderen Parteien verloren hat, zeigt, dass sich der Wille der Wählermehrheit nicht durch eine Mobilisierung für die SPD unter Scholz ausdrücken konnte, auch wenn ein bestimmter Teil der Arbeiterschaft sie gewählt hat, um Schluss zu machen mit der arbeitnehmerfeindlichen CDU-Politik.

Olaf Scholz, entschiedener Verfechter der Schröder-Politik, war von 2000 – 2004 Landesvorsitzender der SPD in Hamburg und von Mai bis September 2001 Innensenator. Es muss daran erinnert werden, dass auch die CDU nach den Wahlen im September 2001 die Möglichkeit zur Bildung eines Senats unter ihrer Führung nicht einem eigenständigen Wahlsieg verdankte, sie hatte gegenüber 1997 ordentliche Einbußen hinnehmen müssen, sondern allein der Tatsache, dass die SPD ihren Absturz von 1997 nicht wettmachen konnte. Scholz stand für eine SPD-Politik in Hamburg, die die Privatisierungspolitik vorbereitet hat, die dann unter dem CDU-geführten Senat in aller Radikalität betrieben wurde. So wurden die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) und „Hein Gas“ unter dem

SPD-Senat privatisiert, Klärwerke wurden 2000 unter dem SPD-Senat an US-Investoren und die Müllverbrennung an unbekannte Investoren verkauft. Von 1990 bis 2002 (also im Wesentlichen unter einem SPD-geführten Senat) wurden über 52 000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst in Hamburg abgebaut. (von 122.942 auf 70.842)

Und heute:

Scholz erklärt die Haushaltskonsolidierung zur absoluten politischen Priorität, d.h. den Abbau der Schulden. Diese Schulden sind nicht die Schulden des Volkes, sondern Folge der Milliarden Steuergeschenke und Abgabekürzungen für das Kapital, der Milliarden zur Rettung der Banken. Wer diesen Zwangsrahmen akzeptiert, hat keine sozialen „Korrekturen“ auf seiner Agenda, sondern das Motto „Sparen, sparen, sparen!“ „Wenn wir keine Studiengebühren und eine bessere und vor allem kostenlose Kita-Betreuung wollen, müssen wir an anderer Stelle sparen“, so Scholz konsequent. Z.B. weiter bei der Verwaltung eindampfen...

Es gibt deshalb auch keinerlei Hinweise von Scholz auf eine mögliche Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen des CDU-geführten Senats, sei es bei den Wohnungen, der Stadtreinigung, im öffentlichen Nahverkehr oder Hafen. Und natürlich nicht bei den Kitas (wo die SPD mit den Kita-Gutscheinen wie bei den Elektrizitäts- und Gasnetzen Vorreiter für die Privatisierung war). Selbst die wenigen sozialen „Projekte“ (wie kostenlose Kitabetreuung und die Abschaffung der Studiengebühren) werden durch die Unterwerfung der Politik unter das EU-Gebot der Haushaltskonsolidierung entweder direkt wieder in Frage gestellt oder durch Sozialkürzungen an anderer Stelle konterkariert.

Diese Verweigerung des von der Mehrheit der Arbeitnehmerwähler gewollten Politik-Wechsels durch die SPD wird eine noch schärfere Ablehnung bei der arbeitenden Bevölkerung provozieren.

Steinmeier und seine Klientel in der SPD wollen sich aus diesem Wahlsieg, den die CDU-Katastrophe der SPD geschenkt hat, einen neuen „Wahlsieg der Schröderpolitik“ konstruieren, gegen die Stagnation, in die Gabriel die SPD geführt habe. Doch wo liegen die wirklichen Ursachen dafür, dass die SPD auch unter der Führung Gabriels nicht das Vertrauen der Arbeitnehmerwählerbasis zurück gewinnen kann?

War es nicht Gabriel, der – Arm in Arm mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden

Steinmeier – das brutale Spar-,Verarmungspaket von Merkel im Bundestag hat passieren lassen, wie die Kopfpauschale und Rente mit 67?

Und der jetzt den Hartz IV-Kompromiss, d.h. das zynische Feilschen um ein paar Euros, die den Betroffenen jede menschenwürdige Existenzsicherung absprechen, als „gutes Ergebnis“ lobt?

D.h. die Zementierung des Hartz IV-Gesetzes, das 4,7 Millionen Langzeitarbeitslose des Rechtsanspruchs auf Leistungen aus den Sozialkassen beraubt und mit Almosen abspesen will, und ca. 2,5 Millionen Kinder in der Armut von Niedriglohnfamilien aufwachsen lässt. Ein Kompromiss, der die Plünderung von 4 Milliarden Euro aus der Bundesagentur für Arbeit vorsieht, um die Grundsicherung der Armuts-Rentner zu finanzieren, d.h. Plünderung der Gelder der Arbeitnehmer für die Arbeitslosenversicherung.

Dieser „Kompromiss“, der von der gesamten SPD-Führung getragen wird, schreibt die Tarifrucht in die erbärmlichen Mindest-Armutslöhne für Leiharbeiter fest, verbunden mit der weiteren Vertiefung der Ost-West-Spaltung bei den Löhnen.

Wenn „Leiharbeit zu Lohndumping missbraucht wird“ und „die reguläre und abgesicherte Beschäftigung“ verdrängt (DGB), kann es dann eine andere Forderung geben als die nach dem Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit?

Verlangt das nicht die politische Entscheidung aller SPD-Abgeordneten, die sich auf die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer berufen, Nein zu sagen zu dem unsozialen Hartz IV-Kompromiss?

„Ergreift sofort die notwendige Gesetzesinitiative im Bundestag für das Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit,“ fordern AfA-Kolleginnen die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten auf. Mit dieser politischen Initiative unterstützen sie den Offenen Brief an die Verantwortlichen der DGB-Gewerkschaften, mit dem Gewerkschaftskollegen in ihren Gewerkschaften dafür kämpfen, dass diese ihre Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft für einen gewerkschaftlich organisierten Kampf für das Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit mobilisieren.

Carla Boulboullé

(1) Durch das neue Wahlsystem sind diese nur schwer zu berechnen, dürften aber nur wenig mehr als 2001 (über 310.00) sein, gegenüber fast 400.00, auf die die SPD 1991 kam (mit 48%).